

FORDERUNGEN DES MITTELSTANDS AN DIE KOHLEKOMMISSION

KERNFORDERUNGEN DES MITTELSTANDS

1. **Alle Akteure beteiligen**
2. **Versorgungssicherheit gewährleisten**
3. **Flexibles Ausstiegsdatum einführen**
4. **Stromnetz der Zukunft entwickeln**
5. **Kosten minimieren**
6. **Verlässliche Rahmenbedingungen schaffen**
7. **Strukturwandel meistern**

Allgemeines

Die Notwendigkeit, den Klimawandel auf einen Temperaturanstieg von unter zwei Grad zu begrenzen, wurde vom Mittelstand erkannt. Die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen deshalb die Umstellung der Wirtschaft auf einen nachhaltigen Wachstumspfad. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist dafür ein fester Bestandteil. Das energiepolitische Zieldreieck aus Bezahlbarkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit muss jedoch weiter das zentrale Maß der Energiepolitik bleiben. Der Ausstieg aus der Kohle ist nur möglich, wenn die Vielfalt der Akteure, die Beteiligung der Bürger und mittelständischer Unternehmen garantiert wird. Eine nachhaltige, klimaneutrale und wettbewerbsfähige Wirtschaft kann nur durch die Kombination der drei Ziele unter Einbeziehung aller betroffenen Akteure erfolgreich erreicht werden.

Der Mittelstand ist der Motor der Energiewende, denn es sind

vor allem mittelständische Unternehmen, die für Innovationen im Energiebereich sorgen und tagtäglich vor Ort den Umbau der Energieversorgung durch ihre Produkte und Dienstleistungen vorantreiben. Die Zahl der Arbeitnehmer in der Erneuerbaren-Energien-Branche lag bereits 2015 bei über 330.000 Beschäftigten und übertraf damit die Zahl der Arbeitnehmer in der konventionellen Stromerzeugung um das Dreifache. Der Großteil der Arbeitnehmer in diesen Branchen wird von mittelständischen Unternehmen – vom Handwerksunternehmen bis zum Industriebetrieb – beschäftigt. Der Mittelstand kann damit einen wertvollen Beitrag für die Bewältigung des durch den Kohleausstieg verursachten Strukturwandels leisten. Jedoch müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die mittelständischen Unternehmen haben deshalb die folgenden Forderungen für einen erfolgreichen Kohleausstieg aufgestellt.

Unsere Forderungen:

1. Alle Akteure beteiligen

Der Ausstieg aus der Kohle betrifft die Unternehmen und Bürger in den Braunkohlerevieren und in der Nähe von Steinkohlekraftwerken direkt. Jedoch hängt auch eine Vielzahl von Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen an der Stromgewinnung aus der Kohle. Als Stromverbraucher sind zudem alle Unternehmen und Bürger indirekt von einem Kohleausstieg betroffen.

In der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (Kohlekommission) spiegelt sich jedoch die Vielzahl der Akteure, wie die mittelständischen Unternehmen, nicht ausreichend wieder. Für einen erfolgreichen Kohleausstieg ist es deshalb notwendig, alle Akteure in die Diskussion einzubeziehen.

2. Versorgungssicherheit gewährleisten

Elektrizität ist der unverzichtbare Antrieb der Wirtschaft und Gesellschaft. Großflächige Stromausfälle würden deshalb dramatische Auswirkungen haben: Unternehmen könnten nicht mehr produzieren, der Verkehr würde zusammenbrechen und

die Bürger könnten nicht mehr das Lebensnotwendigste einkaufen. Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit ist daher zu jedem Zeitpunkt von entscheidender Bedeutung.

3. Flexibles Ausstiegsdatum einführen

Der Ausstieg aus der Kohle sollte marktgetrieben und unter transparenten Voraussetzungen in absehbarer Zeit erfolgen. Anstelle eines politisch festgelegten Ausstiegsdatums sollte auf europäischer Ebene ein CO₂-Mindestpreis eingeführt und mit einem festen Anstiegspfad versehen werden. Der

Kohleausstieg würde damit planbar werden und den Unternehmen neue Investitionen in Erneuerbare Energien ermöglichen. Der Staat sollte somit lediglich einen Rahmen für einen Kohleausstieg festlegen und diesen mit den richtigen Bedingungen flankieren.

4. Stromnetz der Zukunft entwickeln

Die Kohlekraftwerke sind in Deutschland ungleichmäßig verteilt. Das Abschalten von Kohlekraftwerken ist nur möglich, wenn ausreichend Ersatzkraftwerke in der näheren Umgebung existieren oder die Netze entsprechend ausgebaut werden. Durch den Bau großer Erneuerbarer-Energien-Anlagen in der Nähe der stillgelegten Kohlekraftwerke könnten die bestehenden Netze besser ausgenutzt werden. Aufgrund der Sektorkopplung (u.a. E-Mobilität und Wärmepumpen) sowie der Volatilität der Erneuerbaren Energien wird eine größere

Stromkapazität der Netze benötigt. Das Stromnetz der Zukunft muss deshalb die Netze, Stromspeicher und flexibel steuerbaren Lasten (Lastmanagement) intelligent miteinander vernetzen. Die bestehende Netzinfrastruktur sollte optimal genutzt werden und ein Ausbau der Netze durch eine dezentrale Energiewende auf das Minimum reduziert werden. Das Endszenario des Stromnetzes mit 100 Prozent Erneuerbaren Stroms muss dabei von Beginn an mitgedacht werden, um Fehlinvestitionen zu verhindern.

5. Kosten minimieren

Der Kohleausstieg darf nicht mit hohen Kosten, Steuergeldern und Subventionen teuer erkaufte werden. Bereits abgeschriebene, alte Kohlekraftwerke dürfen nicht durch die Überführung in Sicherheitsreserven mit Steuergeldern versilbert werden. Der oben beschriebene marktgetriebene Kohleausstieg durch einen europäischen CO₂-Mindestpreis verhindert diese unnötigen Kosten. Durch die Rückführung der zusätzlichen

Einnahmen aus dem europäischen CO₂-Handel, z.B. durch die Senkung der Stromsteuer für die Stromverbraucher, könnten mögliche Strompreissteigerungen als Folge der höheren CO₂-Preise, aufkommensneutral an die Verbraucher zurückgegeben werden. Dafür muss der Zertifikatsabbau ambitionierter umgesetzt werden, um die marktwirtschaftlichen Anreize für eine Energiewende zu stärken.

6. Verlässliche Rahmenbedingungen schaffen

Der Mittelstand investiert bereits umfangreich in innovative Technologien und Erneuerbare-Energien-Anlagen. Investitionen müssen sich jedoch für jedes Unternehmen betriebswirtschaftlich lohnen. Aufgrund von falschen Rahmenbedingungen, wie der Belastung von selbsterzeugtem Solarstrom für den Eigenverbrauch und die Doppelbelastung von Speichern

als Letztverbraucher, wird eine Vielzahl von möglichen Investitionen momentan nicht getätigt. Insbesondere die Rahmenbedingungen für Brückentechnologien, die nur für wenige Jahre benötigt werden, müssen verbessert werden. Zudem sollte es ein kurzfristiges Ziel sein, Planungsgenehmigungen zu vereinfachen.

7. Strukturwandel meistern

Die Akzeptanz der Energiewende und des damit verbundenen Kohleausstiegs steht insbesondere in den Kohlerevieren auf dem Prüfstand. Hier ist es notwendig, neben finanziellen Mitteln Bedingungen zu schaffen, die den lokalen Strukturwandel unterstützen können, um den regionalen Mittelstand zu

stärken. Es braucht Visionen für einen Strukturwandel. Die regionalen Kompetenzen in der Energieversorgung sollten in Wirtschaftskompetenzzentren erhalten werden. Nur wenn die Regionen langfristig vom Kohleausstieg profitieren, ist eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende möglich.

Der BVMW vertritt im Rahmen seiner Mittelstandsallianz die Interessen von über 650.000 Mitgliedern, die elf Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Über 300 Repräsentanten haben jährlich rund 700.000 direkte Unternehmerkontakte. Der BVMW organisiert mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr.

Kontakt

Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e. V.
Dr. Hans-Jürgen Völz, Leiter Volkswirtschaft
Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin
Telefon: + 49 30 533206 – 49
Telefax: +49 30 533206 – 50
E-Mail: hans-juergen.voelz@bvmw.de